

## **Trumps scheiternder America-First-Imperialismus: Abschottung, Deregulierung, Steuersenkungen, soziale Spaltung, ökologischer Rückschritt**

### **1. Trumps Populismus: Volkswirtschaft dem US-Volk**

- *„Buy American, hire American“: die nationalistische Reduktion*
- *Nach der „Political Correctness“: Postfaktisches und „Fake News“*

### **2. Der Trick mit Trump als „Erlöser“:**

#### **Instrumentalisierung der Ängste der Abgehängten**

- *Die soziale Spaltung konnte Obama nicht stoppen*
- *Trump in der Populismusfalle: Missbrauch der sozialen Spaltung ohne Programm für die Verlierer*

### **3. Das Trumpsche Geschäftsmodell:**

#### **Gewinnwirtschaftlich spekulativ fundierte Trugschlussökonomik**

- *Trump: „Ideeller Gesamtkapitalist“?*
- *Die revitalisierte Parabel vom „Rossäpfeltheorem“*

### **4. Trumponomics: Schwerpunkte und Instrumente**

- *Alte und neue Instrumente*
- *Entfesselung der Finanzindustrie: Zurück zum Kasinokapitalismus*
- *Steuersenkungen à la Laffer-Kurve: Jonathan Swift lässt grüßen*
- *Eilmeldung: Ankündigung der Megasteuerreform zum 100. Tag von Trump im Amt*
- *Die Trumpsche Leerstelle: Bekämpfung der Steuerflucht*
- *Soziale Spaltung wird vertieft: Seuche der Verzweiflung breitet sich aus*
  - *Massive Kürzungen im Sozialsystem*
  - *Demontage Obamacare*
- *Klimakatastrophe, „die gibt es nicht“: Entfesselte Destruktionskraft Umwelt*

### **5. Ausblick: Trumponomics schwächt nicht nur die USA in der mittleren Frist**

---

Zur Erklärung:

*Exkurs 1: Deutschland First-Exportland: Eine Ursache des US-Protektionismus?*

*Exkurs 2: Eine den internationalen Handel diskriminierende Unternehmenssteuer auf der Agenda*

## ***Trumps scheiternder America-First-Imperialismus: Abschottung, Deregulierung, Steuersenkungen, soziale Spaltung, ökologischer Rückschritt***

### **1. Trumps Populismus: Volkswirtschaft dem US-Volk**

Die weit verbreitete Hoffnung, Trump wolle mit seinen nationalistisch-isolationistischen Provokationen nur die Präsidentschaftswahlen gewinnen, um dann auf den alt hergebrachten, pragmatischen Politikopportunismus umzuschalten, sollte sich schnell als ein Irrtum herausstellen. Was derzeit als schwer kalkulierbares Hin und Her wahrgenommen wird, ist durch die machtpolitischen Widerstände bei der Umsetzung der Provokationen vor allem durch sozialpolitische Einschnitte verursacht. Im Kern bleibt er bei seiner Vereidigungsrede zur Inauguration als fünfundvierzigster Präsident am 20.1. 2017. Frei von innen- sowie vor allem außenpolitischer Taktiererei lautet die Botschaft: „America First“, „Make America great again“ Ökonomisch ist gemeint: „buy American, hire American“. „Hire American“ wird bereits mit einem Dekret, das die Vernetzung der US-Produktion bei öffentlichen Aufträgen erzwingen soll, angegangen. Bei der Suche nach den Ursachen für den unterstellten Abstieg der USA als ökonomische Nummer eins wird das feindselig aggressive Ausland ausfindig gemacht. Dieser Außenfeind dient auch dem Zweck, von den inneren US-Konflikten abzulenken. Trump geißelt den, wie er es formuliert, Beutezug des Auslands durch die US-Wirtschaft. Mit der seit Jahren hohen negativen Handelsbilanz durch den expandierenden Absatz von Warenlieferungen in die USA und den dagegen viel zu geringen Exporten ins Ausland wird der Ausverkauf von US-Arbeitsplätzen behauptet. Chinas imperialer Konkurrenzdruck und „Deutschland First“ bei den Handelsbilanzüberschüssen stehen im Mittelpunkt dieser Trumpschen Verschwörungsideologie.

Auch seien mit der Verlagerung von Produktionsstätten aus den USA Jobs vom Ausland „geklaut“ worden. Schließlich hätten die Freihandelsabkommen der USA wie NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) und vor allem die Transpazifische Partnerschaft (TPP) die Verlagerung der früheren in den USA ansässigen Wertschöpfung ins Ausland beschleunigt. Der monokausalen Behauptung vom ökonomischen Raubzug der konkurrierenden Länder durch die USA folgt die naive Problemlösung: Mit einer Vielzahl von nicht mehr für möglich gehaltenen Instrumenten setzt dieser Präsident mit seinem profitmaximierenden Immobilitycoon-Denken auf eine nationalistische Abschottung. Populistisch zugespitzt gilt die Botschaft: Für das US-Volk wird wieder seine Volkswirtschaft zurückerobert. Dabei darf dieser neue Nationalismus nicht als ein provinzialistischer Rückzug der USA von den Weltmärkten missverstanden werden. Im Gegenteil, Trump will mit „America First“eine neue Phase des US-Imperialismus

starten. Das wird auch durch das militärisch aggressive Auftreten der USA bestätigt.

### ***„Buy American, hire American“: die nationalistische Reduktion***

Die Revitalisierung des durch Protektionismus abgeschotteten Nationalstaates USA konzentriert Trump auf die Außen- und Innenebene. Zum Schutz vor der Aggressivität gegenüber dem konkurrierenden Ausland werden protektionistisch wirkende Instrumente eingesetzt: Strafzölle, Importrestriktionen, Grenzgleichssteuern und vieles mehr. Auch will die Politik der nationalen Erneuerung die in das Ausland abgewanderten Produktionsstätten in die USA im Zweifelsfall auch mit Steuergeschenken an zurückkehrende Produktionsbetriebe belohnen. Die Zurückdrängung der internationalen Konkurrenz wird durch einen fundamentalen Kurswechsel der Innenpolitik ergänzt. Ziel ist die Beseitigung von innerökonomischen Fehlentwicklungen vor allem im Bereich der in den letzten Jahrzehnten vernichteten Arbeitsplätze. Dazu gehört auch die Revitalisierung von notleidenden Großregionen. Wichtigstes Beispiel ist der „Rust Belt“ („Rostgürtel“). Es handelt sich um die älteste und größte Industrieregion der USA, die sich vom Nordosten der USA bis zur Ostküste erstreckt. Teilweise wird auch noch West Virginia, das frühere Zentrum des Kohlebergbaus, hinzugezählt. Der Niedergang dieser früher als „Manufacturing Belt“ gelobten Prosperitätsregion gilt als Symbolprojekt der Trumpschen Erneuerung.

### ***Nach der „Political Correctness“: Postfaktisches und „Fake News“***

Der durch Trump bereits im Wahlkampf massiv beschworene Kurswechsel zielt jedoch auch auf das für die Fehlentwicklungen verantwortlich gemachte Politikmanagement in Washington. Vorgeworfen wird dieser Politik, den „Reichtum der Mittelklasse“ ihr entrissen und den „dann der ganzen Welt“ gegeben zu haben. Der erstaunten Welt wurde durch Trump in seiner Vereidigungsrede am 20. 1. 2017 der Frust über das Washingtoner Establishment mitgeteilt: „Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unserer Nation die Belohnung der Regierung geerntet, während die Leute die Kosten getragen haben“. Die Lieblingsparole von Trump im Präsidentschaftswahlkampf lautete „den Sumpf trockenlegen“ (drain the swamp). Der Sumpf ist dabei das Produkt, das die versagende Elite der Mächtigen und Reichen erzeugt hat. Dagegen steht das für dumm gehaltene Volk, das die sozialen Folgen ertragen muss. Raus aus dem Sumpf auch der Vetternwirtschaft und Korruption und damit zurück zum ehrlichen Volk, das ist der Populismus, den Trump erfolgreich bedient hat.

Zugespißt wird die unbestreitbare Tatsache aufgegriffen, dass die herrschende Politikelite die dramatische soziale Spaltung vor allem durch die wachsende Zahl der Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer vernebelt habe. Einem

ehernen Gesetz vergleichbar hat die vorangegangene Regierung zusammen mit der Mehrheit der Medien die These von der Wohlstand stiftenden Wirkung der Globalisierung für alle an die vorderste Stelle des Repertoires der „political correctness“ gesetzt. Was heute bei Trump seine verbreiteten Unwahrheiten durch den Schwur auf Postfaktisches, alternative Fakten und „Fake News“ sind, war im Washingtoner Establishment die Unterdrückung von Wahrheiten über die negativen Folgen der Globalisierung durch „politische Korrektheit“.

Die vorherrschende Wirtschaftswissenschaft hat auch in den USA auf vielen Ebenen die Rechtfertigungsformeln bis hin zur Verhimmelung der Globalisierung geliefert. Nur kurz flackerte 2004 eine nach wie vorspannende Kontroverse über die ökonomischen Folgen der Globalisierung auf. Der Nestor der Makroökonomik Paul A. Samuelson hatte in einem Furore stiftenden Aufsatz die Wohlstandswirkung des Freihandels für alle - theoretisch fundiert und empirisch belegt - massiv kritisiert.<sup>1</sup> Diese durch den Freihandel entfesselte internationale Konkurrenz bis in den letzten Winkel der Welt schaffe Einkommens- und Jobverlierer gegenüber den Gewinnern im Bereich der Profitwirtschaft und den Vermögenden. Samuelson zeigt, wie das Outsourcing von Arbeitsplätzen beispielsweise nach China zur Arbeitsplatzvernichtung in den USA führen musste. Dieser Kritik an den Grundfesten der über 200 Jahre alten Freihandels- theorie widersprach sein Schüler Greg Mankiw, der Berater von Präsident George W. Bush war. Unbestreitbar, Samuelsons Kritik an der Globalisierung ist durch die reale Entwicklung bestätigt worden. In seiner ausgezeichneten Kritik der Globalisierung mit dem Buchtitel „Die Schatten der Globalisierung“ von 2001 hat auch Joseph E. Stiglitz allerdings als Außenseiter der ökonomischen Zunft die sozial spaltende und Instabilität hervorrufende Internationalisierung der Wirtschaft im freien Lauf profitwirtschaftlicher Konkurrenz analysiert.<sup>2</sup> Rückblickend stellt sich die Frage, ob den USA durch eine frühzeitig politisch gestaltete und nicht den Konzernen überlassene Globalisierung die schlimmsten Auswüchse sozialer Spaltung hätten erspart werden können. Aber auch die Lüge vom Wirtschaftswachstum, das allen Wohlstand bringt, hat den Frust über das politische Machtsystem beschleunigt. Die neoklassische Verheißung, die Gewinne aus dem Wachstum sickerten auch bis zum prekär Beschäftigten durch, steht im Widerspruch zur realen sozialen Spaltung. J. K. Galbraith ironisiert diese Verheißung mit dem berühmten Hinweis auf das „Rossäpfeltheorem“. Danach profitierten die Spatzen von dem, was die mit bestem Weizen gefütterten Rösser hinterließen. Trumps Wahlerfolg ist ohne den wachsenden Zweifel an diesen Rechtfertigungsideologien nicht zu verstehen.

## 2. Der Trick mit Trump als „Erlöser“: Instrumentalisierung der Ängste der Abgehängten

Jedenfalls ist der Wahlsieg Trumps nicht ohne den aufgestauten Frust der Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer sowie der darauf bezogenen Vertrauenskrise in das politische System zu verstehen. Trump konzentriert sich zum einen auf die Verlierer im Zuge der sozialen Spaltung in den USA, ohne jedoch zum anderen die Gewinner in der Profitwirtschaft und die Vermögenden zu nennen. Entscheidend ist, Trumps Wahl ist eine Folge der sozial-ökonomischen Spaltung in den USA. Die bittere Unwahrheit, wirtschaftliches Wachstum schaffe Wohlstand auch für die sozial Schwachen, ist durch Trump allerdings mit ganz anderen Absichten aufgekündigt worden. Trump greift **mit populistischen Vereinfachungen** den sich lang aufgestauten Frust vor allem bei den Absteigern aus der Mittelklasse, die schon lange vor der Regierungszeit Obamas zu sinken begann, auf.<sup>3</sup>

Zur Wahrheit gehört aber auch, nach dem Einbruch infolge der Finanzmarktkrise in 2009 um knapp 2,8% hat sich die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in den letzten Jahren in den USA allerdings auf niedrigem Niveau stabilisiert. Nach 2,6% in 2015 folgte im nächsten Jahr eine Expansionsrate von knapp 1,6%. Diese Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung nützte Obama jedoch nur wenig. Die Kraft des sich dennoch fortsetzenden sozialen Abstiegs der „weißen Arbeiterklasse“ (Paul Krugman) war einerseits übermächtig. Andererseits ist im Prozess der jüngsten Wachstumsstabilisierung die ungleiche Verteilung und damit die soziale Spaltung vorangeschritten. Während die Erfolge bei den Reichen angekommen sind, gingen die sozial Schwachen leer aus. Dafür gibt es viele Gründe. Einen wichtigen Grund für die sich im wirtschaftlichen Wachstumsprozess vollziehende Umverteilung zugunsten der Gewinnwirtschaft hat Erhard Wolf analysiert.<sup>4</sup> Er stellt fest: Seit Ende der 1950er Jahre bis 1973 haben sich die Reallöhne im Einklang mit der Arbeitsproduktivität entwickelt. Im Kampf um die Einkommen zwischen Kapital und Arbeit dominierte Neutralität bei der Verteilung der Zuwächse. Dagegen ist seit 1979 bis 2001 die Produktivität im Jahresdurchschnitt mit 1,1% doppelt so schnell wie die Reallöhne gewachsen. Nachdem seit 1947 bis 1973 die Reallöhne noch um das Doppelte stiegen, reduzierte sich der Zuwachs bis 2007 auf 22%. Die Schwäche der Gewerkschaften wie des gesamten Tarifvertragssystems erklären die Verteilungsverluste. Die Gewinner der Umverteilung waren die Unternehmen zusammen mit den Kapitalbesitzern. Die Belastungen der abhängig Beschäftigten durch Verluste beim Arbeitseinkommen wurden durch den Abbau von Jobs und oftmals dem Totalverlust der Arbeitseinkommen verstärkt. Zwar ist die registrierte Arbeitslosigkeit seit dem Krisenhöhepunkt 2010 von 9,6% auf im ersten Quartal 2017 4,6% gesunken. Die soziale Lage der vielen Betroffenen wurde dadurch nicht auf breiter Front verbessert. Gründe sind die zunehmenden pre-

kären Jobs innerhalb der Erwerbstätigkeit sowie die besonders stark Benachteiligten innerhalb der Gesamtarbeitslosigkeit. Dazu ein Beispiel: Auffällig ist in den letzten Jahren die Zunahme der Invalidenrente für Arbeitslose im erwerbsfähigen Alter. 2016 waren über 4% vor allem alleinstehende Männer vom öffentlichen Hilfsprogramm, das 1956 geschaffen wurde, abhängig. Die verzweifelte Lage vieler, die aus dem Arbeitssystem seit Jahren ohne Perspektive ausgesteuert worden sind, werden für die Betroffenen zur existenziellen Bedrohung und verallgemeinern sich im Bewusstsein der von Arbeitsplätzen Abhängigen zur frustrierten Abkehr vom System. Anne Case und Angus Deaton bezeichnen den Verlust der Lebensperspektive infolge von Arbeitslosigkeit vor allem bei den Weißen mit höchstens einem Schulabschluss, an dessen Ende oftmals der Suizid steht, als „Tod der Hoffnungslosigkeit“.<sup>5</sup> Der Gegenpol in dieser sozialen Spaltung vor allem durch Arbeitslosigkeit und den viel zu schwachen staatlich garantierten Sozialsystemen sind die Zugewinne der Profitwirtschaft, der Spitzenverdiener und der Vermögenden in den USA.

### ***Die soziale Spaltung konnte Obama nicht stoppen***

Die Schuld für diese soziale Spaltung Obama anzurechnen, ist eine durch Trump wahltaktisch eingesetzte Lüge. Die Spaltung hat schon vor vielen Jahren mit dem Wechsel der Politik zur Pflege der Einkommensstarken und Reichen eingesetzt. Für Obama ist die Tatsache tragisch, dass ihm die Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach der Finanzmarktkrise einigermaßen gelungen ist, aber dies durch Trump geleugnet wird. Auch hat er gegen den Trend der sozialen Spaltung wichtige sozialpolitische Reformen wie die allgemeine Krankenversicherung („Obamacare“) allerdings gegen erbitterten Widerstand auf den Weg gebracht. All dies hat jedoch nicht ausgereicht, den über viele Jahre aufgestauten Vertrauensverlust gegenüber dem politischen System zu bremsen. Es sind der „Kollaps der weißen Arbeitsklasse“, die Arbeitslosen ohne Perspektive, die wachsende Zahl der Armen sowie die sich vernachlässigt führende Landbevölkerung, die die Wechselstimmung in Richtung Trump forciert haben. Trump ist es gelungen, diesen zu Recht Systemfrustrierten die Hoffnung auf Besserung ihrer Lage durch eine radikale Abkehr vom bisherigen Politikkurs der USA zu vermitteln. Einen Grund seines Erfolges ist die von Trump massiv eingesetzte Ideologie des Rechtspopulismus: Außenfeinde werden zur Ursache des Bedeutungsverlustes der USA stilisiert. Das sind vorrangig die aggressiven Exporteure aus dem Ausland, die Arbeitsplätze verdrängen und durch Produktionsverlagerungen aus den USA Jobs „klauen“. Dagegen beschwört Trump die Rückkehr zur Nation. „America First“ dient allerdings der Hoffnung auf einen neuen Imperialismus der USA in der Welt. Der Übergang von der abgeschotteten Nation zum nationalen Volk, das es gegen die Bedrohung zu verteidigen gilt, liegt auf der Hand. Übrig bleibt ein Rechtspopulismus, der nach innen die

Abgrenzung gegenüber Fremden betreibt und nach außen auf imperialistische Stärke setzt.

Aus diesem Konglomerat der weit verbreiteten sozialen Spaltung und der nationalistischen Beschwörungen ist es Trump gelungen, als „Erlöser“ von den System frustrierten anerkannt zu werden. Dabei stellt sich jedoch die Frage, welche Ziele verfolgt die neue Politik und welche sozialen Auswirkungen werden ausgelöst?

Auf das propagierte Ziel, durch nationale Abschottung Arbeitsplätze zurückzugewinnen, konzentrieren sich im Regierungsprogramm von Trump unterschiedliche, sich auch widersprechende Instrumente. Bei allem Opportunismus in Bezug auf Positionswechsel zeigt sich klar, bei „America First“ steht nicht die Überwindung der sozialen Spaltung im Allgemeinen und die Rettung der „weißen Arbeiterklasse“ im Speziellen im Zentrum der Politik. Die politisch gesalbten Gewinner sitzen in der Konzernwirtschaft zusammen mit der Kaste der Supervermögenden. Übrigens wird die Politik für die bisherigen Profiteure im von Trump inszenierten Kampf gegen die Arbeitsplatzverluste verschwiegen.

### ***Trump in der Populismusfalle: Missbrauch der sozialen Spaltung ohne Programm für die Verlierer***

Trump nutzt die sozial Frustrierten, um die Macht der Unternehmenswirtschaft zu stärken und soziale Belastungen für seine Wählerklientel durchzusetzen. Die neue Politik konzentriert sich auf unternehmensfreundliche Deregulierungen auf den Finanzmärkten und im Bereich der Klimapolitik sowie massive Steuer-senkungen zugunsten der Kapitaleigner einerseits aber auch auf die Rücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften vor allem in der Gesundheitspolitik andererseits. Dieser vorrangig marktfundamentalistischen Politik steht die Ankündigung eines Billionenprogramms zum Abbau der maroden Infrastruktur gegenüber. Investitionsstaus im öffentlichen Bereich konzentrieren sich auf Brücken, Autostraßen und andere Verkehrswege sowie Bildungseinrichtungen. Der erst im März vorgelegte Haushaltsplan für das Budgetjahr 2018 offenbart die Verlierer und Gewinner dieser neuen Politik.

Diejenigen, die Trump in der Hoffnung auf Besserung ihrer sozialen Lage das Versprechen vom „Beschützer der Vergessenen“ abgenommen haben, zählen am Ende nicht zu den Gewinnern seiner „America First“-Politik. Im Gegenteil, die von Trump im Wahlkampf umworbene „vergessenen Männer und Frauen“ müssen mit neuen Belastungen auch durch die Rücknahme sozialer Projekte aus der Obama-Ära im Wohn- und Gesundheitsbereich rechnen. Sie bezahlen die Mehrausgaben für Rüstung, die Infrastrukturinvestitionen und vor allem die Steuerausfälle durch Geschenke an die Unternehmenswirtschaft. Auf der Gewinnerseite stehen die Unternehmenswirtschaft, insbesondere die Banken so-

wie die Vermögenden an der Spitze der Verteilungspyramide. Diese Trumpsche Politik bewegt sich jedoch in der Falle des Populismus. Während die Interessen und Wünsche der sozial Abgehängten für den Wahlsieg instrumentalisiert worden sind, interessiert den „Erlöser“ die Verbesserung ihrer Lage nicht unmittelbar. Die Instrumentalisierung der Frustrierten, die sich jedoch durch das neue Programm betrogen fühlen müssen, wird für Trump zur Populismusfalle. ***Bisher gelingt es ihm, auch die autokratische Kälte als Populismus erscheinen zu lassen.*** Die Enttäuschung jedoch kann schnell in eine Vertrauenskrise gegenüber der Obama-Regentschaft führen. Deshalb ist Aufklärung wichtig. Sie richtet sich auch gegen den grassierenden Rechtspopulismus in anderen Ländern.

### **3. Das Trumpsche Geschäftsmodell: Gewinnwirtschaftlich spekulativ fundierte Trugschlussökonomik**

Trumps Vorstellungen über die US-Politik sind durch seine ökonomische Herkunft geprägt. Der spekulativ ausgerichtete Immobilien-Tycoon versteht sich als der Chief Executive Officer (CEO), also als das geschäftsführende und autoritär bestimmende Vorstandsmitglied. Der USA-Staat wird einem Megakonzern vergleichbar interpretiert. Das Basisprodukt ist „America first“ durch „buy American“. Für die Beschäftigten gilt die nationalistische Devise „hire American“. Bei Trump basiert der Großkonzern auf einem autoritär autokratischen Führungsstil. Ein funktionierendes Controlling gegenüber dem CEO ist nicht gewollt. Demokratische Unternehmensstrukturen zur rationalen Verarbeitung von Interessengegensätzen im sozialen Gefüge eines Unternehmens gelten als geschäftsschädigend. Zur gerechten Verteilung der Gewinne aus der Produktion zwischen Kapital und Arbeit gibt es keine fairen Regeln. In dieses Konzernmodell passt auch keine offene Kommunikationspolitik. Die Wächter der Konzernkommunikation dienen der Verhinderung einer kritischen Berichtserstattung über Fehlentwicklungen des Großkonzerns. Da kann es nicht verwundern, dass der neue USA-Präsident die kritischen Medien als „Feind des Volkes“ abstempelt. Anthropologisch gleicht Trump eher dem aggressiv spekulierenden „homo oeconomicus“, den die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen seines auf einzelwirtschaftliche Profiterzielung konzentrierten Tuns nicht interessieren. Nicht der Donald Duck, sondern der Dagobert aus Entenhausen mit seinem Lustgewinn am Reichtum in Form des sinnlich wahrnehmbaren Golds im Tresor steht Trump Pate.

#### ***Trump: „Ideeller Gesamtkapitalist“?***

Allerdings versteht sich Trump als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Karl Marx). Relevante Projekte zum Umbau der USA werden nicht jeweils mit allen gesellschaftlichen Gruppen, sondern nur mit den wichtigsten Konzernvertretern abgespro-

chen. So hat er beispielsweise den geplanten Abbau der Finanzmarktregulierungen mit den Chefs der US-Großbanken besprochen. Die Verbändelung mit der Wirtschaft zeigt sich auch in der Besetzung von Regierungsämtern. Der neue US-Finanzminister Steven Mnuchin arbeitete jahrzehntelang als Manager für Goldman Sachs, später gründete er die Filmproduktionsfirma Dune Capital. Übrigens verdiente Mnuchin als Direktor der OneWestBank Geld mit Hypothekengeschäften, die auch zur Immobilienkrise führten. Er soll sehr hart gegen Hausbesetzer vorgegangen sein. Auch bei der Entscheidung zur geplanten Steuerreform wurden nur die Spitzenvertreter der Konzernwirtschaft in die Diskussion einbezogen. Wenn es jedoch die Symbolik verlangt, dann werden auch schon mal Arbeiter aus dem Kohlebergbau zur Unterzeichnung des Dekrets 'Zurück zur Kohle' um den Präsidenten positioniert. Im Dienste der Absicherung seiner Politik zur Stärkung des "Gesamtkapitals" kennt Trump keine Tabus. Dieser Versuch der Gleichsetzung der Führungsaufgaben des Staates mit einem stark spekulativ ausgerichteten Immobilienkonzern muss scheitern. Ausgehobelt werden die derzeit noch verfassungsrechtlich fixierten „Checks and Balances“. Machthemmnisse (Checks) durch Verfassungsorgane zur Sicherung des Gesamtstaats bei gegensätzlichen Interessen (partielle Gleichgewichte, Balances) werden zu umgehen versucht. Trumps Ideologie vom Staat als Großkonzern muss gegenüber der demokratisch institutionalisierten Macht zu massiven Konflikten führen. So lange jedoch Trump an diesem Irrtum über die Rolle des Staates festhält, wird seine Politik zum Opportunismus gezwungen werden. Immer wieder müssen Positionen, die (noch) nicht im staatlichen Institutionengefüge autoritär durchsetzbar sind, revidiert werden. Jenseits dieses andauernden Positionswechsels und dem Vorwurf des Unkalkulierbaren hält der neue US-Präsident am gefährlichen rechtspopulistischen Konzept „AmericaFirst“ fest.

Trumps Orientierung am Führungsmodell eines spekulativen Großkonzerns führt zu massiven Trugschlüssen über das Verhältnis von Staat und Wettbewerb. So werden die Funktionen des Staates durch diese einzelwirtschaftliche Reduktion systematisch nicht erkennbar. Der Staat sichert einerseits die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Ordnung für den privatwirtschaftlichen Wettbewerb. Andererseits richten sich viele Maßnahmen des Staates gegen profitwirtschaftlich erzeugte Systemrisiken durch kurzfristige Hilfsprogramme vor allem aber nachhaltige Regulierungen. Der Trugschluss von der Einzel- auf die Gesamtwirtschaft basiert auf einem fatalen Missverständnis: Behauptet wird, rationales einzelwirtschaftliches Handeln führt über die Konkurrenz auch zum gesamtwirtschaftlichen Optimum. Wenn sich dennoch durch Arbeitslosigkeit Störungen zeigen, dann liegt das gestreng der neoklassischen Doktrin nicht am Wettbewerbssystem, sondern an den „außermarktlichen Fein-

den“ wie dem intervenierenden Staat und, wenn sie machtvoll wirken, an den Gewerkschaften. Dieser Freispruch der kapitalistischen Wettbewerbswirtschaft von der Verursachung der Instabilität und Krisen ist längst empirisch und theoretisch widerlegt. Gezeigt wurde, es bedarf des ordnenden und intervenierenden Staats gegenüber den Ergebnissen einzelwirtschaftlicher Aktivitäten, die über den Wettbewerb vermittelt werden.

Ein gefährliches Beispiel dieser Trugschlussökonomie ist seine Kampagne zur Rücknahme der Regulierungen der Finanzmärkte, die als Antwort auf die Finanzmarktkrise ab 2008 in den USA gesetzlich verankert worden sind. Seine Erfahrungen weichen von denen mit der großen Finanzmarktkrise fundamental ab. Nach seiner Wahrnehmung hat doch das Trumpsche Immobilienimperium unter Einsatz von Spekulationen erheblich mehr an Gewinnen als an Verlusten eingefahren. Warum soll das nicht auch für deregulierte Finanzmärkte in der Gesamtheit gelten? Die Lehre aus der jüngsten Finanzmarktkrise als Folge hochspekulativer, nicht regulierter Geschäfte mit Finanzmarktprodukten erschließen sich ihm nicht systematisch.

#### **- Die revitalisierte Parabel vom „Rossäpfeltheorem“**

Zu dem Trugschluss von der Einzel- und Gesamtwirtschaft gehört auch die Vorstellung, selbst das hoch monopolisierte Wettbewerbssystem würde aus eigener Kraft die Wohlstandsgewinne aus dem wirtschaftlichen Wachstum gleichermaßen gerecht auch an die Beschäftigten weitergeben. Trump wäre hier die Lektüre der Veröffentlichungen durch den ultrakapitalistischen Milton Friedman zu empfehlen: Seiner Doktrin nach ist es falsch, die Ergebnisse der kapitalistischen Wettbewerbssysteme unter sozialen Kriterien zu bewerten. Denn nicht soziale Gerechtigkeit, sondern Markteffizienz, die asozial wirken kann, zählen. Dagegen geht Trump zusammen mit der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft vom „Trickle down“-Theorem aus. Behauptet werden die wohlstandsstiftenden Effekte, die auch bis zu den Einkommensschwachen durchsickern. Mit dieser primitiven Unterstellung verweigert Trump eine Politik der Realisierung eines sozial-inklusive Wirtschaftswachstums durch gezielte Umverteilungspolitik mit dem starken Sozialstaat.

Ein weiterer Trugschluss nach der Art „post hoc ergo propter hoc“ zeigt sich bei der zentralen These vom Verlust der ökonomischen Relevanz der USA gegenüber dem Ausland. Aus der beobachtbaren Abfolge steigender Arbeitsplatzverluste gegenüber wachsender Exportüberschüsse in die USA sowie Produktionsverlagerungen aus den USA wird eine Kausalität geschlussfolgert. Darauf begründet Trump die Abschottung der USA gegenüber der ausländischen Konkurrenz zur Revitalisierung der USA in der Weltwirtschaft. Durch diese monokausale Zuspitzung werden jedoch andere relevante Ursachen des ökonomischen

Bedeutungsverlustes durch steigende Arbeitslosigkeit in den USA ausgeblendet. So wird der Beitrag des wirtschaftlichen Strukturwandels und der Produktivitätsentwicklung zur Erklärung schrumpfender Jobs in der Industrie nicht erkannt. Während die Zahl der Industriebeschäftigten seit 1980 um 40% gesunken ist, haben die verbliebenen 60% mehr als 150% produziert. Die Produktivitätszuwächse, die ein weniger beschäftigungsintensives Wachstum ermöglichen, tragen auch zur Arbeitslosigkeit bei. Nach dem früher lange beklagten „Decline of Productivity“ in den USA hat sich in den letzten Jahren zumindest im industriellen Sektor die Arbeitsproduktivität schneller als das Wirtschaftswachstum entwickelt und damit zum Abbau industrieller Arbeitsplätze geführt. Dadurch hat sich die Wirtschaftsstruktur verändert. In den Jahren von 2004 bis 2014 ist der Anteil der industriellen Erwerbstätigkeit am Gesamtvolumen von 20,8% auf 12,7 % gesunken. Seit 2007 sind 1,5 Mio. Personen weniger in der Industrie beschäftigt, aber 1,7 Mio. mehr an Jobs im Dienstleistungsbereich entstanden. Dieser Strukturwandel bestimmt vor allem die Regionen, die früher durch Prosperität in der klassischen Industrieproduktion sowie im Kohlebergbau geprägt waren. Seit Jahrzehnten sind im Kohlegebiet West-Virginia durch Zechenschließungen Arbeitsplätze abgebaut worden. Heute ist dort die typische Arbeitskraft nicht mehr der Bergarbeiter, sondern die Krankenschwester. Nach diesem schon langwährenden Prozess des Grubensterbens wundert es, wieso ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Wähler dieses Bundesstaats Trump unterstützt hat, denn an die Wiederbelebung der Kohlearbeitsplätze glaubt kaum noch einer. Das Versprechen „meine Regierung beendet den Krieg gegen die Kohle“, ist doch längst durch die Wirklichkeit widerlegt. Paul Krugman versucht diesen Widerspruch aufzulösen. Agitiert wird mit einer Symbolpolitik: „Es geht nicht wirklich um Kohle, sondern sie steht symbolisch für eine Gesellschaftsordnung, die es so nicht mehr gibt ... Trump verkauft die Traumvorstellung, dass die alte Ordnung wiederhergestellt werden kann, und dabei sind seine scheinbar materiellen Versprechungen, Jobs in einer bestimmten Branche zu schaffen, nur eine Hülle.“<sup>6</sup>

Zur Verbreitung dieser symbolischen Politik für das „gute alte Amerika“ bedient sich Trump neben den populistisch aufgemotzten Trugschlüssen vieler Unwahrheiten. Post- bzw. kontrafaktische Behauptungen sowie „alternative Fakten“ werden eingesetzt. Hinzukommen die „Fake News“. Im seriösen Faktencheck erweisen sich diese Aussagen, die meistens in das Reich der Verschwörungsfantasien gehören, schlichtweg als Lügen. Diese Zusammenhänge müssen aufgedeckt werden. Der verzweifelte Versuch, das Trumpsche Geschäftsmodell durch Unwahrheiten gegen Kritik zu immunisieren, wird auf Dauer nicht funktionieren. Radikale Aufklärung ist gefragt.

#### **4. Trumponomics: Schwerpunkte und Instrumente**

Die mit vielen sich widersprechenden Begründungen gerechtfertigte, inkonsistente Ökonomik (Economics), die die Ökonomie zu erklären versucht, legt in Anspielung auf die Reaganomics das Etikett Trumponomics nahe. Die kurz skizzierten Instrumente zum Umbau der USA geben einen ersten Einblick in das angestrebte System.

##### ***Alte und neue Instrumente***

Der Abbau des chronischen Handelsbilanzdefizits steht im Zentrum der Trump-Verheißung „America First“. Spiegelbildlich heißt das, dass vor allem die Exportüberschüsse aus Deutschland zugunsten der heimischen Produktion reduziert werden müssen. Trump hat bei seinem ersten Besuch der NATO-Konferenz am 25. 5. 2017 in Brüssel einem Bericht von „spiegel-online“ zufolge die deutsche Bundesregierung mit den Vorwürfen attackiert. „Schauen Sie sich die Millionen von Autos an, die Sie in den USA verkaufen. Fürchterlich. Wir werden das stoppen“. Und weiter: „Die Deutschen sind böse, sehr böse“ (Originalton bad bzw. „very bad“).

Die Instrumente zur Abschottung der USA gegen die internationale Konkurrenz konzentrieren sich auf höhere Zölle, Strafzölle wegen des Dumpingvorwurfs etwa in der Stahlindustrie, eine Importsteuer (Grenzausgleichsabgabe) sowie ein völlig neues System der Erlösbesteuerung. Dazu gehört auch der geplante Ausstieg aus den bisherigen Freihandelsabkommen (NAFTA, Transpazifische Partnerschaft), weil sie den ökonomischen Interessen der USA widersprechen. Bei den allgemeinen Importzöllen werden bis 20% in der Trump-Administration genannt. Für bestimmte Stahlsorten sind Antidumpingmaßnahmen durch Strafzölle bis 22,9% (gegen die Salzgitter AG und die Dillinger Hütte in Deutschland) angekündigt. Dabei ist die Berechnungsmethode zu den niedrigen Verkaufspreisen gegenüber den Herstellungskosten höchst zweifelhaft. Auch erweist sich die Unterstellung von Subventionen durch die EU wegen des strikten Verbots als blanker Unsinn. Die geplante Grenzausgleichsteuer würde die in die USA gelieferten Vorleistungen verteuern. Die Folge verteuerter Vorleistungsimporte wäre eine Zunahme der Inflationsrate in den USA. Auch bremst die Abschottung gegen die internationale Konkurrenz Maßnahmen zur Innovation. Protektionismus schadet den USA.

---

##### *Exkurs 1*

#### **Deutschland First-Exportland: Eine Ursache des US-Protektionismus?**

Deutschland verzeichnet seit Jahren massive Leistungsbilanzüberschüsse. Diese setzen sich zusammen aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz (Außenwert) sowie der Übertragungsbilanz (private und öffentliche Übertragungen) und der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die von Inländern aus dem Ausland bezogen bzw. an das Ausland überwiesen werden. 2016 betrug der

Überschuss bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 8,3% gegenüber 8,6% in 2015. Im Prinzip werden also erheblich mehr an Gütern und Dienstleistungen exportiert als importiert. Die Überschüsse verdrängen zum großen Teil in den anderen Ländern heimische Produktion und führen daher zum Export von Arbeitslosigkeit. Die Jahr für Jahr erzielten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte Deutschlands werden durch die EU und internationale Institutionen wie den „Internationalen Währungsfonds“ schon seit Jahren kritisiert. Auch Trump bezeichnet den Handelsbilanzüberschuss Deutschlands sowie den der EU gegenüber den USA als „sehr unfair“, ja bezogen auf Deutschland „als sehr böse“ und rechtfertigt damit seine Abschottungspolitik. 2015 wurden gegenüber 125,4 Mrd. € an Exporten in die USA nur 50,8 Mrd. € aus den USA importiert. Schäuble wehrt sich gegen die Kritik einerseits mit dem Hinweis, diese Überschüsse seien das Ergebnis „marktbasierter Angebots- und Nachfrageentscheidungen“. Andererseits würden dadurch den USA entsprechende Kapitalexperte aus Deutschland zufließen. Trump kritisiert auch die von ihm unterstellte, bewusste Abwertungspolitik durch die Europäische Zentralbank. Sicherlich bevorzugen die abgewertete Euro gegenüber dem Dollar auch die deutschen Exporteure. Die Trumpsche Behauptung einer bewusst betriebenen Abwertungspolitik durch die EZB ist nicht haltbar. Schließlich wertet der Dollar auch wegen der (überschätzten) Erfolgserwartungen der Trump Politik auf. Deutschland hat jedoch durch die gegenüber der Produktivitätssteigerung hinterherhinkenden Löhne einen Wettbewerbsvorteil. Der Exportweltmeister muss endlich einen aktiven Beitrag zum Abbau seiner Leistungsbilanzüberschüsse leisten. Im Mittelpunkt stehen Kaufkraft stärkende Lohnerhöhungen sowie dringend erforderliche Infrastrukturinvestitionen, mit denen die binnenländische Nachfrage zunimmt und auch zusätzliche Importe nach Deutschland erforderlich werden.

---

### ***Entfesselung der Finanzindustrie: Zurück zum Kasinokapitalismus***

Trump hat konsequent nach seiner aggressiven Kritik an der Behinderung der Banken durch staatliche Regulierungen im Wahlkampf in Abstimmung mit den führenden Managern der Finanzmarktindustrie ein Dekret zur Überprüfung der Rücknahme der Obamaschen Regeln unterzeichnet. Käme es zum Ausstieg, würden die aus der jüngsten Finanzkrise gezogenen Lehren ausgelöscht. Im Zentrum der Kritik steht der Dodd-Frank-Act mit 849 Seiten und sechzehn Kapiteln, der im Juli 2010 von Barack Obama unterzeichnet worden ist. Aus dem Katalog der Regulierungen sollen vor allem der Stresstest, die scharfe Trennung vom spekulativen Investmentbanking gegenüber der Tätigkeit von kundenorientierten Geschäftsbanken sowie die für strauchelnde Banken vorgesehene staatliche Abwicklung gestrichen werden („living wills“). Auch die im Wahl-

kampf massiv beschimpfte neue Behörde für Verbraucherschutz im Finanzwesen (Consumer Financial Protection Bureau, CFPB) steht auf der Abschlusliste. Schließlich soll die Aufsicht über systemisch gefährliche Hedgefonds und Private Equity Fonds, die heute den Kern des Schattenbankensystems bilden, aufgehoben werden. Ein Vorschlag aus dem Trump-Umfeld geht noch weiter. Das spekulative Investmentbanking soll in einer Holding der Gesamtbank ausgelgliedert werden. Die Folge wäre eine kaum kontrollierte Entfesselung von Spekulationsgeschäften wie damals bei der Investmentbank „Lehmans Brothers“. Das Fazit zu diesen Deregulierungen legt die Prognose nahe, dass Trump als Verursacher der nächsten Finanzmarktkrise in die Geschichte eingehen wird.

### ***Steuersenkungen à la Laffer-Kurve: Jonathan Swift lässt grüßen***

Bereits im Wahlkampf hat Trump eine deutliche Senkung der Unternehmenssteuern angekündigt. Ein erstes Konzept ist am 100. Tag von Trump im Amt vorgelegt worden. Der Steuersatz für die Kapitalgesellschaften liegt derzeit in den USA bei durchschnittlich 39% (35 % durch den Zentralstaat + üblicherweise 4 Prozentpunkte durch die lokale Ebene). Vorgeschlagen wird, den Satz auf 15% zu reduzieren. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer soll von derzeit 39,6% auf 35 % gesenkt werden. Unternehmen, die die im Ausland angehäuften Gewinne in die USA zurückführen, sollen 15% an Gewinnsteuern nachzahlen. Die im Wahlkampf als „Death Tax“ beschimpfte Erbschaftsteuer soll komplett gestrichen werden. Das Gesamtkonzept sieht vor, die dadurch ausfallenden Steuereinnahmen durch Steuermehreinnahmen infolge steigenden Wirtschaftswachstums refinanziert werden. Diese Art der Selbstfinanzierung hat bereits Jonathan Swift mit seinem „Steuereinmaleins“ 1728 beschrieben: Ein sinkender Steuersatz führt zu höheren Nettogewinnen, die für Investitionen genutzt werden und über das induzierte Wirtschaftswachstum zu mehr Steuereinnahmen führen als durch die Senkung des Steuersatzes Einnahmen verloren gehen. Dieser Schwur auf die Selbstfinanzierung erinnert an den Trugschluss der Laffer-Kurve, auf die Reagan in den neunzehnhundertachtziger Jahren gesetzt hatte. Am Ende sind wegen riesiger Steuerausfälle die Staatsschulden explodiert. Da die Höhe des Steuersatzes nicht maßgeblich für die Investitionsbereitschaft ist, bleibt der zusätzliche Wirtschaftswachstumsimpuls aus. Am Ende reicht die schmerzhaft Einsparpolitik nicht aus. Die Staatsverschuldung steigt nicht durch die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen, sondern wegen der neoliberalen Steuerpolitik. Allein im ersten Jahrzehnt nach dem Start der

Trumpschen Steuersatzsenkung wird mit Einnahmeverlusten von über sechs Billionen \$ gerechnet.<sup>7</sup> Auch die Verteilungswirkung ist katastrophal: Während die Staatsverschuldung steigt, gewinnen durch die Steuersenkung die Reichen an der Spitze der Einkommenspyramide.

### ***Eilmeldung: Ankündigung der Megasteuerreform zum 100. Tag von Trump im Amt***

Am 26. 4. 2017 haben der US Finanzminister Steven Mnuchin und Donald Trumps Chief Economic Adviser Gary Cohn das Steuerkonzept der neuen US-Regierung mit folgenden Schwerpunkten vorgestellt:

- Absenken der (bundesweiten) Körperschaftsteuer von 35% auf 15%, dem in Deutschland geltenden Satz (ohne Solizuschlag).
- Nur Gewinne in den USA sollen mit 15% versteuert werden.
- Einmalige Steuer auf das im Ausland gehortete Geld, wenn dieses in die USA zurückgeführt wird. Der Steuersatz für in die USA zurücktransferiertes Geld ist noch nicht mitgeteilt worden. Nach heutigem Recht wären es 35%.
- Die derzeit geltenden sieben Einkommensteuersätze sollen auf drei reduziert werden: 10% / 25% / 35%. Der Spitzensteuersatz von derzeit 39,6% setzt bei einem Ehepaar mit gemeinsamer Veranlagung bei 470 000 Dollar ein. Bei den Freibeträgen ist eine Verdoppelung vorgesehen.
- Die Erbschaftsteuer (Schimpfwort „Death Tax“) soll komplett abgeschafft werden.
- Die von Paul Ryan, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, vorgeschlagene und von Trump immer wieder geforderte Grenzausgleichsteuer, die hier beschrieben ist, wird erst einmal fallen gelassen.

Die Megasteuersenkung soll laut unabhängigen US-Experten etwa 2,2 Billionen US Dollar über 10 Jahre kosten. Konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung wurden nicht genannt. Trump setzt auf die komplette Selbstfinanzierung nach dem Muster der Lafferkurve: Die Steuerausfälle durch niedrige Steuersätze werden durch ein Vielfaches an Steuern als Folge von zusätzlichem Wirtschaftswachstum finanziert. Nach Schätzungen der „Tax Foundation“ müsste im

Durchschnitt der kommenden Jahre ein wirtschaftliches Wachstum bei über 4,5% zur kompletten Selbstfinanzierung realisiert werden. Mit dem Blick auf die längerfristige Wachstumsentwicklung ist dieses unrealistisch. Vielmehr lässt die „Voodoo-Economics“ grüßen. Auch die aus dem Ausland rückfließenden Gewinne werden kaum zu Sachinvestitionen genutzt, sondern auf den Finanzmärkten angelegt. Während die Einkommensreichen profitieren, kommen Entlastungen mangels zu niedrigem Einkommen bei Einkommensschwachen und den vielen Nichtsteuerzahlern nicht an. Kritiker in der Demokratischen Partei sprechen von einem „Wunschzettel für Milliardäre“ und „Geschenken für die Konzerne“. Mit dieser Steuersenkung würde sich vielmehr der Druck erhöhen, Ausgaben vor allem im Sozialbereich zu streichen; am Ende würden Staatschulden wie bei der Reaganschen Steuerreform massiv steigen.

---

*Exkurs 2*

***Eine den internationalen Handel diskriminierende Unternehmensteuer auf der Agenda***

In der Republikanischen Partei wird auch eine radikale Unternehmensteuerreform durch die Einführung einer Grenzausgleichsteuer (Border-Adjustment Tax, BAT) mit einem Steuersatz von 20% diskutiert. Bei dieser Art der Besteuerung wird vom Umsatz aller in den USA verkauften Güter ausgegangen, also unabhängig davon, ob sie im Inland produziert oder aus dem Ausland importiert werden. Allerdings gibt es einen großen Unterschied bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage. Der Umsatzerlös der in den USA erzeugten Güter wird um die Arbeitskosten, die Investitionsausgaben und die Vorleistungen, die in den USA eingekauft wurden, reduziert. Übrigbleibt der Cashflow als Bemessungsgrundlage. Ausgaben für Importe, also Vorleistungen aus dem Ausland, bleiben unberücksichtigt. Dagegen gilt für die Importe der gesamte Umsatzerlös. Durch diese höhere Besteuerung der Importe wird die inländische Produktion präferiert. Schließlich bleibt der durch Exporte generierte Cashflow steuerfrei. Geschaffen wird eine gigantische Exportsubvention. Diese Grenzausgleichsteuer ist eine Variante der der Mehrwertsteuer vergleichbaren „Destination – Based Cash-Flow Taxation“, die in der Wirtschaftswissenschaft heftig diskutiert wird.<sup>8</sup> Ein Beispiel: Der in Wolfsburg produzierte VW wird nicht mehr im Produktionsland Deutschland, sondern im Bestimmungsland USA nach den dortigen Regeln besteuert. Ein Alleingang mit dieser inlandsbezogenen Steuer würde zu einer harten Diskriminierung der bisherigen Exporteure aus dem Ausland zugunsten

der USA führen. Die bisherigen Regeln der WTO (World Trade Organization) würden dadurch aufgekündigt.

---

### ***Die Trumpsche Leerstelle: Bekämpfung der Steuerflucht***

Mit keinem Wort wird durch Trump die dringliche Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch USA- Firmen vor allem über die Flucht in Steueroasen (Offshore Finanzzentren) genannt. Unlängst hat OXFAM zusammen mit dem „Institute for Taxation and Economy Policy“ geschätzt, dass die 50 größten US-Unternehmen in 2015 über 1.600 Mrd. \$ an Gewinnen in Steueroasen geschleust haben. Dabei sind die Konzernkonglomerate von Alphabet und Apple über Coca-Cola und GM bis zu Wal-Mart und Walt Disney. Dieser gesetzlich nicht verfolgten Steuerhinterziehung stehen 2,5 Mrd. \$ an Ausgaben für die sich lohnende Lobbyarbeit gegenüber. Diese Lobbyarbeit konzentriert sich erfolgreich neben der Durchsetzung von Steuersatzsenkungen auch auf den Abbau ökologischer und fiskalischer Regulierungen.

### ***Trumps kompletter Budgetvorschlag für 2018: Ökonomischer, sozialer, ökologischer Substanzverlust***

Mitte März 2017 ist ein erster für die Restlaufzeit bis September 2017 orientierender Haushaltsentwurf (skinny budget) mit einem 10-Jahresplan unter dem Titel vorgelegt worden: „America First: A Budget Blueprint to make America great again“.<sup>9</sup>In den Medien wurde getitelt „Waffen statt Wohnungen“. Die „Washington Post“ schrieb auf der Titelseite: „Dieses Budget wird die Regierung bis ins Mark erschüttern“, denn zahlreiche Programme im Sozialbereich werden gestrichen und ein historischer Personalabbau ist bei den Bundesbediensteten avisiert. Die Militärausgaben steigen dagegen um 52,3 Mrd. \$ auf 574 Mrd. \$. Auch die Ausgaben für den Heimatschutz (7%) und die Veteranen (6%) wurden angehoben. Allein für den Bau der Mauer gegen Mexiko sind gegenüber der inoffiziellen Schätzung von 15-25 Mrd. \$ Gesamtkosten in 2017 bereits 1,5 Mrd. \$ und 2018

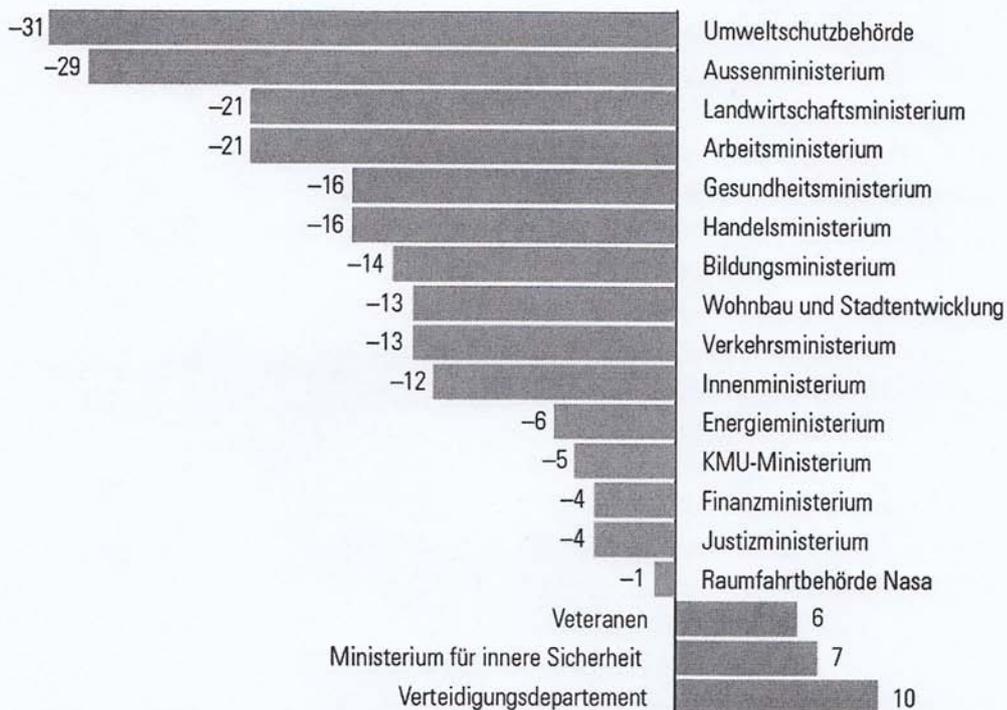
2,6 Mrd. \$ eingeplant. In der Gesamtstruktur schreibt dieses neue Rechenbuch der Nation die Priorität Stärkung des Militärs und der inneren Sicherheit zu Lasten des Gesundheitsbereichs sowie der Sozialleistungen vor allem im Bereich des öffentlich subventionierten Wohnungsbaus und der Armenhilfe sowie den Ausstieg aus energiepolitischen Verpflichtungen fest.

Ende Mai hat die Trumpadministration dann das erste komplette „Budget Of The US-Government“ für das fiskalische Jahr 2018 (Oktober 2017 bis September 2018) zusammen mit einer zehn Jahresplanung zu wichtigen Ausgabenposten dem 115ten Kongress vorgelegt. Der Titel knüpft an den Kurswechsel durch die Regierung an: „A New Foundation For American Greatness“. Geplant ist ein

Gesamtvolumen von 4,1 Billionen \$. Festgehalten wird an den Vorgaben zur Veränderung der Ausgaben in den kommenden 10 Jahren durch den Vorläuferhaushalt (skinning budget). Damit verbunden ist der Vorschlag, in den kommenden 10 Jahren insgesamt 3,6 Billionen \$ zu kürzen, um 2027 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Im Zentrum massiver sozialer Kürzungen stehen vor allem die „Lebensmittelhilfe“ (SNAP) in 10 Jahren um 192 Mrd.\$ sowie die medizinische Versorgung mit 800 Mrd. €. Auch im Bereich der Umweltpolitik wird ein Aderlass verordnet. Allein die Umweltschutzbehörde (EPA) muss die Zahl der Mitarbeiter von derzeit 30 000 auf 11 600 kürzen. Die Gewinner dieser Haushaltspolitik sind Verteidigungsausgaben, die in den kommenden 10 Jahren um 469 Mrd. \$ steigen sollen. Auch profitieren die Veteranen und das Ministerium für innere Sicherheit, deren Ausgaben im neuen Haushaltsjahr um 6% bzw. 7 % erhöht werden. Für die Infrastruktur im Bereich der Highways, Brücken und Schienen sind in 2018 allerdings nur 200 Mrd. \$ geplant. Zur Finanzierung der Mexico-Grenze wird für das neue Fiskaljahr eine Anschubfinanzierung mit 1,6 Mrd. \$ vorgesehen. Völlig neu ist die Einführung des staatlich subventionierten Mutterschutzes, das Prestigeprojekt der Tochter Ivanka Trump

### Wo Trump im kommenden Haushaltsjahr den Rotstift ansetzen will

Veränderung der Budgetzuweisungen nach Departement, Haushaltsjahr 2018 gegenüber 2017, in %  
(Haushaltsjahre laufen vom 1. 10. bis 30. 9.)



QUELLE: OMB

NZZ-Infografik/efl.

Diese Budgetpolitik bettet sich ordnungspolitisch in die Trumpsche Ideologie ein. Der Haushaltsdirektor im Weißen Haus Mick Mulvaney hat den sozialpolitischen Paradigmenwechsel auf den Punkt gebracht: „Wir werden Mitgefühl nicht mehr an der Zahl der Programme messen oder an der Zahl der Menschen, die dieses Programm in Anspruch nehmen. Unser Maßstab für Mitgefühl und Erfolg wird sein, wie vielen Leuten wir dabei helfen, dieses Programm zu verlassen und wieder ihr Leben selbst die Hand zu nehmen.“ Das klingt angemessen der großteils aussichtslosen Lage der Armen in den USA mehr als zynisch.

Die große Unbekannte Trumps bleibt die angekündigte Politik der Steuersenkungen vor allem für Unternehmen und Vermögensbesitzer. Im Haushaltsplan ab Oktober 2017 werden keine steuerpolitischen Senkungsmaßnahmen budgetiert. Das hat wohl auch damit zu tun, dass, wenn Steuersenkungen kommen, von deren Selbstfinanzierung ausgegangen wird: Steuerausfälle durch Steuersatzsenkungen werden durch mehr an Steuereinnahmen in Folge verstärkter Wirtschaftsaktivität überkompensiert. Dieser Selbstfinanzierungseffekt, der dem Bereich einer beschwörenden Voodoo Economics entstammt, wird die Haushaltsplanung bald zu Fall bringen.

Trump setzt bereits für das Budget ab Oktober 2017 auf positive Finanzierungseffekte durch ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum als Lohn seiner Politik mit den Schwerpunkten: Deregulierung, Protektionismus, Steuersenkungen, Infrastrukturpush und Sozialabbau. Die derzeit real geltende Rate des wirtschaftlichen Wachstums mit 2% wird einfach mal auf jährlich 3% in den kommenden Jahren erhöht. Damit verbunden ist die Hoffnung auf schwindende Haushaltsdefizite und ab 2027 wieder ausgeglichene Haushalte. Selbst eine Plausibilitätserklärung findet sich in der Budgetbegründung nicht.

Die im Wahlkampf angekündigte 1 Bill \$ für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Straßen, Brücken, Schulen und öffentliche Gebäude) ist bisher nur mit 220 Mrd. € in 2018 präzisiert worden. Dabei wäre hier ein Investitionspush im Kampf gegen die marode Infrastruktur der USA, mit der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt werden kann, wichtig. Nach seriösen Schätzungen beläuft sich der Investitionsstau in diesem Bereich bis 2020 auf geschätzte 3,6 Billionen \$. Allerdings ist die von Trump angestrebte private Finanzierung der Infrastrukturprojekte schädlich. Am Ende werden die Nutzungsentgelte von den sozial Schwachen nicht aufgebracht werden können. Mit der Erwartung auf privatwirtschaftlich angeeignete hohe Profite wird das öffentliche Geld wohl kaum in den Krisenregionen mit dem höchsten Bedarf wie im „Rostgürtel“ der USA ankommen.

Der Anstieg der Staatsschulden hingegen ist für die Planungsperiode von 10 Jahren jetzt schon absehbar, auch wegen der geplanten massiven Steuersenkungen. Bereits 2016 war die staatliche Gesamtverschuldung gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt auf 107,5 Prozent gestiegen (ohne Sozialsicherungsfonds 77%). Im Bundeshaushalt 2018 wird mit einem Anstieg des Schuldendienstes auf 300 Mrd. \$ gerechnet. Formal wäre die Trump-Regierung nach den alten Regeln seit März 2017 wegen Überschreitens der gesetzlichen Schuldengrenze (Debt Ceiling) nur noch eingeschränkt zahlungsfähig. Die Schuldengrenze darf nicht durch eine zusätzliche Nettokreditaufnahme überschritten werden. In letzter Minute wurde jedoch im Mai 2017 ein Kompromiss zwischen den Verhandlungsführern von Demokraten und Republikanern im US-Kongress gefunden. Um den fiskalisch bedingten Regierungsstillstand zu vermeiden, gilt bis September 2017 eine Haushaltsobergrenze mit rund 1 Billion Dollar. Trump werden laut der Einigung 15 Milliarden Dollar gewährt, um das Militär zu stärken, und 1,5 Milliarden für die Sicherheit an den Grenzen bereitgestellt. Im Herbst 2017 steht die Stunde der haushaltspolitischen Wahrheit auch für die Republikaner, die die Obama-Administration mit der Einhaltung von Haushalts- bzw. Schuldengrenzen drangsaliert haben, an. Ob es dann zur Haushaltsblockade (government shutdown) kommt, ist trotz der Abweichter von der Mehrheit der Republikaner im Kongress unwahrscheinlich. Am Ende wird ein Kompromiss zu erwarten sein.

### ***Soziale Spaltung wird vertieft: Seuche der Verzweiflung breitet sich aus***

Mit diesem Haushaltsentwurf wird die Priorität sozialpolitischer Kürzungen in ersten Zahlen erkennbar. Streichungen von Programmen zur kommunalen Entwicklung sowie von Hilfsprojekten für die Armen und Arbeitslosen treffen die sozial Schwachen. 21% an Finanzmitteln werden allein im Budget des Arbeitsministeriums gestrichen. Von den Kürzungen sind auch viele Ausbildungsinitiativen für Benachteiligte betroffen. Die Ausgaben für den Wohnungsbau sinken nach der Budgetplanung um 12 % vor allem im Bereich subventionierter Mieten. Experten rechnen für Millionen von Bürgern mit einem Verlust der Sozialwohnungen und sinkenden staatlichen Wohnzuschüssen.

Die beiden Schwerpunkte massiver staatlicher Kürzungen konzentrieren sich auf das System der sozialen Sicherheit (Social Security“) und die Sicherung für den Krankheitsfall (Demontage Obamacare) zusammen mit der medizinischen Versorgung („Medicare“).

### *- Massive Kürzungen im Sozialsystem*

Nach dem für das Budgetjahr 2018 vorgelegten Trumpschen Haushaltsplan ist in den kommenden zehn Jahren ein Abbau der Sozialhilfe insgesamt um 272 Mrd. \$ vorgesehen. Allein das Programm Lebensmittelhilfe (SNAP) sollen in diesem Zeitraum um 190 Mrd. \$ gekürzt werden. Das „Supplement Nutrition Assistance Program“ (SNAP) wurde im letzten Jahr von über 44 Mio. Arbeitnehmern bezogen. Betroffen war also fast jeder siebte US-Einwohner. Die Anspruchsberechtigung zwischen 16 und 60 Jahren setzt bei einem Haushaltseinkommen bis zu 990 \$ pro Monat (Nettoeinkommen, 100% des Armutseinkommens; hier eines Singlehaushalts) ein. Mit der wachsenden Zahl an Haushaltsmitgliedern steigt die Höhe des anspruchsberechtigten Einkommens sowie der monatliche Unterstützungsbeitrag. Wird beim Haushaltsvermögen die Summe von 2 250 \$ (hier Singlehaushalt) überschritten, gibt es keinen Anspruch auf das SNAP. Die maximale Höhe monatlicher Unterstützung ist bei einem Singlehaushalt auf 194 \$ beschränkt. Eingesetzt werden können die Lebensmittelgutscheine nur in zugelassenen Supermärkten und Läden, die allerdings keinen Alkohol und keine Tabakware ausgegeben dürfen. Dabei ist die Vergabe der elektronischen Debitkarten im Prinzip mit der Pflicht zur Arbeit verbunden. Trump setzt die im Wahlkampf verbreitete populistische Agitation gegen die als Sozialschmarotzer Diskriminierten ohne Hemmungen um. Die vielen Stammwähler der Republikaner, die wegen ihres sozialen Abstiegs auf den „Retter“ Trump gesetzt hatten, müssen jetzt die Zeche für die Unternehmensgeschenke in Folge der geplanten Steuerreform und die Erhöhung des Rüstungsetats bezahlen.

### *- Demontage Obamacare*

Im bisher ohnehin immer noch viel zu wenig entwickelten US-Gesundheitssystem sollen Zuschüsse vom Bundesstaat zum Gesundheitsfürsorgeprogramm (Medicare) für Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen über die nächsten zehn Jahre im Umfang von 800 Mrd. US- \$ rausgekürzt werden. Trump hatte ursprünglich die Anweisung dekretiert, die Obamacare-Regeln von 2010 („Affordable Care Act“, ACA) durch die Behörden erst einmal nicht anzuwenden. Dabei zeigen Berechnungen, dass im Jahr 2026 ohne Obamacare insgesamt 52 Millionen US-Bürger nicht krankenversichert wären. Durch gerichtliche Klagen konnte das Vorhaben erst einmal gestoppt werden. Nachdem ein Gericht das ursprüngliche Dekret gestoppt hatte, ist Trump im US-Repräsentantenhaus Anfang Mai 2017 mit einer zwar denkbar knappen Mehrheit (217 Ja- gegen 213 Neinstimmen) in die Abschaffung der historischen Krankenversicherung eingestiegen. Allerdings wird die noch ausstehende Zustimmung im US-Kongress von Experten angezweifelt. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass Versicherer unter bestimmten Umständen

höhere Sätze für schwerkranke Kunden berechnen dürfen. Eine allerdings bei weitem zu geringe Summe will der Bundesstaat für Menschen mit Vorerkrankungen in Höhe von acht Milliarden US-\$ zur Verfügung stellen. Das überparteiliche Haushaltsbüro (Congressional Budget Office, CBO) des US-Kongresses schätzt die Zahl der Menschen, die durch die Veränderungen im Gesundheitssystem im nächsten Jahr ihren Krankenschutz verlieren könnten, auf 14 Millionen Menschen. Im Jahr 2026 sind es, wenn die Politik nicht zurückgenommen wird, 23 Millionen, die weniger Schutz gegenüber den bisher geltenden Gesetzen erhalten werden. Nach dem Beschluss des Repräsentantenhauses würde etwa die Versicherungspflicht abgeschafft und bundesstaatlich Mittel für die Ärmsten gedeckelt. Dazu kommt die zugelassene Möglichkeit der Krankenversicherungen, die Beiträge bei Rentnern bis auf das Fünffache zu erhöhen. Während Obama den Versicherungen verboten hatte, chronische Kranke nicht aufzunehmen, solle künftig als Gegenleistung für die Streichung der staatliche Risikopool um 8 Mrd. \$ erhöht werden. Diese Politik gleicht einem Heftpflaster, das nach einem herzchirurgischem Eingriff eingesetzt wird. Nicht nur der Widerstand der Demokraten, sondern auch die Proteste von Ärzteverbänden, Sozialverbänden und Patientenschützern sind wegen der drohenden Einbußen für Kranke massiv. Für den bedrohlichen Politikstil à la Trump typisch ist die Tatsache, dass keiner der Abgeordneten wegen des massiven Zeitdrucks das gesamte Gesetz lesen konnte. Wenn sich erst einmal die katastrophalen Folgen dieser Obamacare-Demontage rumgesprochen haben werden, könnte sich der knappe Abstimmungserfolg im Repräsentantenhaus als Pyrrhussieg für Trump mit seinen Republikanern entpuppen. Denn von der Trumpnovelle betroffen sind auch die ländliche Unter- und Mittelschicht, die zu den treuesten Stammwählern der Republikaner zählen. Trumps primitive Marktideologie, durch mehr an Wettbewerb um die Krankenversicherungen würden die Beiträge sinken, erweist sich, wie die Geschichte lehrt, schlichtweg selbst als krank.

### ***Klimakatastrophe, „die gibt es nicht“: Entfesselte Destruktionskraft Umwelt***

Nach dem Trump-Motto „Klimakatastrophe gibt es nicht“ und wenn, dann ist sie nicht von Menschenhand gemacht, werden ökologisch bedrohliche Projekte der Ölförderung und des Öltransports durch Pipelines wiederaufgenommen. Bundesbehörden werden von der Pflicht, die Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen, befreit. Der Etat der Umweltbehörde (EPA) soll um 31% gekürzt werden. Mit einem Dekret hat Trump bereits die klimapolitischen Verpflichtungen der USA, die unter Obama vorangetrieben wurden, in internationalen Verträgen zurückgenommen. Die Umwelt der USA wie die der gesamten Welt wird durch die Ankündigung, „meine Regierung beendet den Krieg gegen die Kohle“, künftig wieder massiv belastet. Auch hat Trump angedroht, spürbar

im Bereich der Bundesumweltausgaben Gelder zu kürzen. Die USA will sich finanziell komplett aus den internationalen Initiativen für den Klimawandel zurückziehen. Dabei müssen Klimawandelinitiativen der UN mit dem kompletten Stopp der Finanzierung durch die USA rechnen. Wichtige Zahlungen in die Klimafonds nach dem Übereinkommen von Paris (ÜvP) werden gestrichen. Damit wird dem Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung um 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu reduzieren, die Gefolgschaft verweigert.

### **5. Ausblick: Trumponomics schwächt nicht nur die USA in der mittleren Frist**

Die Frage, ob der Einsatz des Trumpschen Instrumentenmix mit dem Ziel „America First“ erfolgreich sein wird, ist nicht einfach zu beantworten. Maßgeblich ist das Ausmaß der konsequenten Umsetzung trotz politischer Widerstände. Bleibt es bei der im Wahlkampf versprochenen Grundlinie, dann muss bei den Auswirkungen auf die Wirtschaft zwischen den kurzfristigen und längerfristigen Effekten unterschieden werden. Kurzfristig wird die Trumpsche Politik vor allem auf den Aktienmärkten mit großer Euphorie gefeiert. Auch die Umfragen zur erwarteten Wirtschaftsentwicklung fallen positiv aus. Das überrascht nicht. Schließlich werden für die Unternehmen entlastende Deregulierungen vor allem im Finanzbereich und der Umweltpolitik, unternehmensbezogene Steuer-senkungen sowie ein Megainfrastrukturprogramm vorgeschlagen. In der ersten Phase wird auch noch der Mauerbau zur Abschottung gegen Mexiko zum wachstumsstimulierenden Investitionsprogramm. Schließlich setzt der erste Bundeshaushalt der Trump-Administration auf eine massive Erhöhung der Militärausgaben zugunsten der Rüstungsindustrie. Diese erwarteten, kurzfristigen Vorteile für viele Unternehmen in den USA haben an den Börsen Spekulationen auf steigende Aktienkurse ausgelöst. Die politischen Versprechungen zugunsten der Wirtschaft haben einen „irrationalen Überschwang“ (R. J. Shiller) ausgelöst. Dabei entfernen sich die nach oben getriebenen Börsenkurse von der realen, produktionsrealwirtschaftlich erzielbaren Profitabilität. Die Gefahr einer Trump-Blase an den Aktienbörsen ist groß. Bricht dieser „irrationale Überschwang“ zusammen und kommt es zu massiven Kursverlusten, dann ist mit realwirtschaftlichen Produktionseinbrüchen zu rechnen. Börsen, die extrem kurzfristig ausgerichtet sind, können die mittelfristig negativen Rückwirkungen im Rahmen der spekulativen Preisbildung nicht erfassen. Sie setzen unter dem Ziel der langfristigen Nachhaltigkeit kontraproduktive Signale. Dieses Informationsdefizit abzubauen, ist Aufgabe einer übergreifenden Politik. Ein Beispiel: Kurzfristig treibt der angekündigte Abbau von Regelungen im Finanzsystem die Kurse der Großbanken in den USA nach oben. Die sechs größten Banken der USA verzeichnen nach Trumps Wahlsiegeine Kurswertsteigerung von über 260 Mrd. \$. Die durch die Entfesselung der Finanzmärkte angelegte Krise bis hin

zum Absturz wird bei der heutigen Kursbildung der Börsen nicht eingepreist.

Die erst in der längeren Frist spürbar werdenden Belastungen der Wirtschaft durch die umgesetzte Strategie „America First“ müssen der situativen Börseneuphorie gegenübergestellt werden. Dann erst lässt sich ein angemessenes Urteil über die Politik des neuen Präsidenten finden.

Mit der Trumponomics, der neuen Doktrin der Wirtschaftspolitik, sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

\* Beim **Wirtschaftswachstum** ist ein Schub über den derzeitigen Trend einer instabilen Entwicklung auf niedrigem Niveau hinaus nicht zu erwarten. Beispielsweise stärkt die Steuersenkungspolitik mangels ausreichender Nachfrageerwartungen kaum die Profitabilität der Unternehmen. Lediglich von den Investitionen in die Infrastruktur ist ein Wachstumsimpuls zu erwarten.

\* Die **Arbeitslosigkeit** wird nicht nachhaltig sinken. Innerhalb der Gruppe von Erwerbstätigen, die keine Arbeit haben, nimmt die Zahl derer, die in prekären Jobs arbeiten müssen, zu.

\* Die **Politik der Abschottung** mit protektionistischen Instrumenten gegenüber dem konkurrierenden Ausland wird die Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Der Innovationsdruck sowie die Bereitschaft, den notwendigen Strukturwandel voranzutreiben, nimmt durch den Protektionismus ab.

\* Wirkt die Politik „America First“ und findet diese weltweit Anerkennung, dann wird vor allem anfangs der US\$ gegenüber den konkurrierenden Währungen aufwerten. Nicht der EURO wird geldpolitisch auf Abwertung getrimmt. Dessen Abwertung forciert die USA. Die **starke Aufwertung**, die durch den Protektionismus sowie die Deregulierung der Finanzmärkte angetrieben wird, verschlechtert einerseits die Absatzchancen der US-Exportwirtschaft. Andererseits wird der Import durch billige Vorleistungen aus dem Ausland beschleunigt und damit das Ziel Abbau der Handelsbilanzüberschüsse konterkariert.

\* Der **Anstieg der Inflation** in den ersten Monaten der Trump-Regierung überrascht nicht. Mit der Erwartung der Vollauslastung der Produktionskapazitäten bei wachsender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage – auch durch die Infrastrukturausgaben - steigt in der Unternehmenswirtschaft der Spielraum für Preiserhöhungen. Insgesamt werden die Inflationserwartungen durch die sich abzeichnende Trump-Politik zunehmen.

\* Die **US-Notenbank** nimmt heute schon den erwarteten Inflationsanstieg zum Anlass, die Leitzinsen allerdings in kleinen Schritten zu erhöhen. Während Trump eine Beibehaltung der Niedrigzinspolitik fordert, positioniert sich die Notenbank prophylaktisch gegen steigende Inflationserwartungen. Zwischen Trump und der Notenbankpräsidentin Janet Yellen ist ein Machtkampf zu erkennen. Mit restriktiver Geldpolitik werden inflationstreibende Maßnahmen der Trump-Politik zu stoppen versucht.

\* Da die **Steuerpolitik** zugunsten der Unternehmen sich nicht über eine Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion selbstfinanziert und beispielsweise die militärischen Ausgaben erhöht werden, aber auch die Infrastrukturinvestitionen sinnvollerweise erst einmal per Kredit vorfinanziert werden müssen, ist mit einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung zu rechnen. Der politische Streit um die Begrenzung der Staatsverschuldung, die nicht überschritten werden darf, ist vorhersehbar.

\* Mit den bisher geplanten Maßnahmen im Bereich der zurückgeschraubten **Gesundheits- und sozialen Wohnbauförderung**, dem Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse sowie der Lohnpolitik ist unter Trump die fortgesetzte soziale Spaltung vorprogrammiert. Deren Abbau war ja nie das Ziel der Politik mit dem Ziel „America First“. Wenn sichtbar wird, dass die Wähler des „Erlösers“ erneut enttäuscht werden, dann ist eine tiefe Vertrauenskrise zu erwarten. Wie die Verweigerung der Gefolgschaft von Trump ausgeht, ist völlig offen.

\* Weil die Gefahren des **Klimawandels** geleugnet werden, wird ein Wechsel in der Umweltpolitik zugunsten von Kohle, Öl und Atomkraft durchgesetzt. Dazu gehört auch der Ausstieg aus den internationalen Umweltabkommen. Eine weltweit wirkende Ausbreitung der Umweltkatastrophe wird die Folge sein.

\* Die USA wird mit ihrer isolationistischen Politik auch durch den Verzicht auf vernünftig gestaltete Freihandelsabkommen die Weltmärkte destabilisieren. **Handelskriege** mit den Waffen protektionistischer Abschottung, aber auch der Währungsabwertung, werden bedrohlich wahrscheinlich.

Mit der Trump Politik wird wegen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Risiken eine Revitalisierung der USA als Basis eines neuen Imperialismus nichtgelingen. Das Ziel, weltweit soziale und ökologische Mindeststandards durch internationale Abkommen zu setzen, wird von den USA derzeit nicht mehr zugelassen. Während Obama oftmals erfolglos in die richtige Richtung aktiv wurde, bricht Trump mit diesem Versuch, die schlimmsten sozialen Verwerfungen abzubauen und ökologische Belastungen zu reduzieren.

---

<sup>1</sup> Paul A. Samuelson, Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization; in: Journal of Economic Perspectives, Vo. 18, No. 3 Summer 2004

<sup>2</sup> Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002

<sup>3</sup> Rakesh Kochhar/Richard Fry/Moly Rohai, , The American Middle Class is Losing Ground. No longer the majority and falling behind financially; Pew Research Center, Dezember 2015 (Download: [https://www. bit.do/impuls](https://www.bit.do/impuls) 2016)

<sup>4</sup> Eduard N. Wolff, Inequality and Rising Profability in the UnitedStates, 1947-210; in:International Review of Applied Economics 6/2015

<sup>5</sup> Anne Case / Angus Deaton, Mortality and morbidity in the 21st century, Brooking Institution, März 2017 (Download: <https://www.brookings.edu/.../mortality-and-morbidity-in-the-21...>)

<sup>6</sup> Paul Krugman, „Es geht nicht um Kohle, sondern um eine Gesellschaftsordnung; in: WELT/N 24, 31.3. 2017

<sup>7</sup> James R. Nunns / Leonard E. Burman / Jeffrey Rohaly /Joseph Rosenberg, An Analysis of Donald Trump´s revised TaxPlans; Tax Policy Center, Research Report, 18.10. 2016

<sup>8</sup> Dieser hoch gelobte Vorschlag stammt von Alan Auerbach und Michael P. Devereux. Die aktuellste Veröffentlichung: Alan Auerbach / Michael P. Devereux / Michael Keen/ John Vella, Destination-Based Cash Flow; in: Working Paper 17/01, Oxford University Centre for Business Taxation (Januar 2017)

<sup>9</sup> Executive Office of the President, Office of Management, America First: A Budget Blueprint to Make America Great Again Budget, März 2017